



# Schweizer Grossbanken sind keine Blue Chips mehr

UBS und Credit Suisse haben seit der Finanzkrise 165 Milliarden Franken vernichtet

Armin Müller

**Zürich** Aktionäre der Grossbanken brauchen starke Nerven. Die Aktie der Credit Suisse tauchte nach den schlechten Nachrichten vom Donnerstag auf den tiefsten Stand seit 24 Jahren. Sie beendete eine schreckliche Woche bei 14.95 Franken.

Die UBS-Aktie sieht langfristig betrachtet nicht viel besser aus. Der Kurs liegt mit 15.21 Franken noch immer tiefer als 1998, als das Debakel mit dem Hedgefonds LTCM die kurz zuvor aus Bankgesellschaft und Bankverein fusionierte Bank erschüttert hatte.

In neun Jahren, seit Anfang 2007, haben die beiden Schweizer Grossbanken damit Aktionärswert in Höhe von rund 165 Milliarden Franken vernichtet – 95 Milliarden die UBS, über 70 Milliarden

die Credit Suisse. Die Wertvernichtung entspricht dem aktuellen Börsenwert der Schweizer Konzerne ABB, LafargeHolcim, Richemont, Swatch, Swisscom und Zurich zusammen.

Die UBS ist heute an der Börse noch rund 59 Milliarden Franken wert, 62 Prozent weniger als vor neun Jahren. Die Credit Suisse hat gar 71 Prozent eingebüsst und wird noch mit rund 29 Milliarden bewertet.

## Höhere Kapitalrenditen durch Reduzierung der Kapitalbasis

Lange galten Schweizer Grossbanken als «Blue Chip», als angesehenen Unternehmen mit viel Substanz, hoher Bonität und sicheren Erträgen. Sie gehörten in jedes gut sortierte Portefeuille eines Anlegers. Diese Zeiten sind vorbei. Zwischen 2003 und 2006 waren Grossbank-

aktien der Renner. Marcel Ospel bei der UBS und Oswald Grübel bei der Credit Suisse gaben mächtig Gas. Die Gewinne stiegen. Die Boni explodierten. Die Risiken wurden verdrängt.

Die Bankmanager propagierten den Shareholder-Value-Ansatz. Das Ziel war die Steigerung des Unternehmenswerts für den Aktionär. Das Mittel dazu waren hohe Boni, welche die Manager zu Höchstleistungen motivieren sollten.

Doch die Manager wählten eine Abkürzung und setzten auf Risiko: Sie steigerten die Kapitalrendite, indem sie die Kapitalbasis reduzierten.

Warner wurden ignoriert. Schon 2004 und 2005 thematisierte die Sonntagszeitung in mehreren Beiträgen die steigenden Grossbankrisiken. «Man muss dem

Investor zur Kenntnis bringen, dass er hochriskante Anlagen tätigt, wenn er Bankaktien kauft», warnte Heinz Zimmermann, Professor für Finanzmarkttheorie an der Universität Basel, Ende 2004. Es gebe keinen Unterschied mehr zwischen einer Grossbank und einem Hedgefonds, ja «viele Banken sind noch riskanter als Hedgefonds», doppelte er 2005 nach.

## Der Steuerzahler rettete die UBS, Katar die Credit Suisse

Wie recht er hatte, sollte sich bald zeigen. 2007 wendete sich das Blatt. Die UBS erlitt 2007 bis 2009 Verluste von zusammen über 27 Milliarden Franken, die CS machte 2008 mehr als 10 Milliarden Verlust.

Im Herbst 2008, nach dem Kollaps der US-Investmentbank Lehman Brothers, musste der Staat

die Bank vor dem Zusammenbruch retten. Die Credit Suisse musste sich teures Kapital vom katarischen Staatsfonds beschaffen.

Während die UBS nach dem Schock von 2008 unter dem neuen Chef Oswald Grübel das Steuer herumwarf, wählten sich Präsident Urs Rohner und Bankchef Brady Dougan bei der Credit Suisse noch lange zu sicher.

Es brauchte Mitte 2012 die öffentliche Kritik der Nationalbank. In ihrem Stabilitätsbericht kritisierte sie die zu tiefe Eigenmittellquote der Grossbank mit deutlichen Worten und forderte einen rascheren Aufbau des Eigenkapitals.

Die Aktienkursentwicklung der letzten Jahre zeigt: Viele Anleger haben das Vertrauen in die Grossbanken verloren. «Blue Chips» sehen anders aus.

# ZKB rechnet mit Busse von mehr als 200 Millionen Franken

Hohe Rückstellungen für US-Strafverfahren wegen Beihilfe zu Steuerbetrug

**Zürich** Die Zürcher Kantonalbank macht sich auf eine hohe Busse im Zusammenhang mit dem vor vier Jahren eröffneten Strafverfahren der US-amerikanischen Justizbehörden gefasst. Das geht aus den Geschäftsberichten von 2013 und 2014 hervor.

Aus taktischen Gründen schweigt die drittgrösste Bank der Schweiz beharrlich zur Frage, wie hoch ihre Rückstellungen für die drohende Busse wegen mutmasslicher Beihilfe zum Steuerbetrug sind. Auch an der Bilanzmedienkonferenz vom kommenden Freitag wird sie dazu nichts Neues ver-

raten. Dem Vernehmen nach wurde mit den US-Justizbehörden noch keine Einigung gefunden. Würde die ZKB eine Zahl nennen, wäre dies ein gefundenes Fressen für die US-Behörden. Die Busse würde dann auf keinen Fall geringer ausfallen, so die Befürchtung von Bankchef Martin Scholl.

Um die Spuren zu verschleiern, hat die ZKB die Rückstellungen unter zwei verschiedenen Buchhaltungsposten abgelegt. Unter dem Titel «Übrige Rückstellungen» hat sie 2013 und 2014 insgesamt 135 Millionen Franken verbucht. Das ist ein Vielfaches der

Rückstellungen der Vorjahre: Damals lagen sie nur bei 2 bis 7 Millionen Franken pro Jahr. Der Posten enthält vor allem Prozessrückstellungen und Rückstellungen für Ferienguthaben der Mitarbeiter.

Unter dem Titel «Wertberichtigungen und Rückstellungen für andere Geschäftsrisiken» hat die ZKB ausserdem in den beiden Jahren 2013 und 2014 insgesamt 141 Millionen Franken zurückgelegt. Auch dieser Betrag liegt deutlich über jenem der Vorjahre. Gemäss Geschäftsbericht umfasst dieser Posten vor allem «Abwicklungsrisiken, welche zur Abdeckung von



Martin Scholl, Chef der Zürcher Kantonalbank

am Bilanzstichtag erkennbaren Risiken dienen».

Zusammen ergeben die «übrigen» Rückstellungen von 135 Millionen und die «anderen» Rückstellungen von 141 Millionen 276 Millionen Franken. Diese Summe beinhaltet allerdings nicht nur die drohende US-Busse, sondern auch andere Fälle. Sprecherin Dagmar Laub sagt dazu: «Einzelne Rückstellungen oder deren Höhe kommentiert die Bank nicht.»

Aus dem markanten Anstieg gegenüber den Vorjahren lässt sich jedoch ableiten, dass der weitaus grösste Teil der 276 Millionen für

die US-Busse reserviert ist. Es dürften mehr als 200 Millionen sein. Ob das ausreicht, ist unsicher. Nimmt man die Bussensätze für die anderen Banken, droht der ZKB eine Busse zwischen 180 und 720 Millionen.

Diese Woche hat sich die Bank Julius Bär mit dem US-Justizdepartement auf die Bezahlung einer Busse von 547 Millionen Dollar geeinigt. Zwei Kundenberater haben sich für schuldig erklärt, US-Bürgern geholfen zu haben, ihre Steuerpflicht zu umgehen. Sie werden voraussichtlich im August ihr Urteil erhalten. Peter Burkhardt